

Senat muss Position halten

„Um ein Fiasko zu verhindern, darf der Senat gerade jetzt die Position Sarrazins zur Klage auf Bundeshilfen in Karlsruhe nicht aufweichen“, sagte der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer.

Der Bund und andere Länder hatten zuvor den Anspruch des Landes Berlin auf Hilfen zur Entschuldung in Stellungnahmen, die sie beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht haben, bestritten. Der Senat weist dabei darauf hin, dass diese Gutachten erhebliche und methodische Fehler aufweisen und zu nicht haltbaren

Schlussfolgerungen kommen. In der Zurückweisung der Stellungnahmen der anderen Länder stehe die CDU-Fraktion an der Seite des Senats, so Zimmer. Die Teilentschuldung sei für Berlin lebenswichtig. Für alle politischen Kräfte in dieser Stadt sei es deshalb geboten, in dieser Frage Geschlossenheit zu zeigen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende warnte aber davor, die Argumente der anderen Länder – auch vor dem Hintergrund der sprunghaft an-

gestiegenen Nettoneuerschuldung Berlins – nicht



Nicolas Zimmer, CDU-Fraktionsvorsitzender

auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch andere Re-

gierungen beschäftigten ausgezeichnete Juristen. Zudem scharrten bereits einige andere Länder in Erwartung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Fall Berlin‘ mit den Hufen, um ihrerseits ebenfalls Hilfen einzufordern. Insofern könnte ein positives Votum für Berlin das System des Finanzausgleichs nachhaltig belasten. Auch das werde das Bundesverfassungsgericht berücksichtigen. Zimmer wies darauf hin, dass aus diesem Grund kein Zweifel am Konsoli-

dierungskurs Berlins aufkommen dürfe: „Wir haben in den letzten Wochen mit Sorge zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der Koalition offensichtlich ein klammheimlicher Abschied von der Konsolidierungspolitik stattfindet. Jeder der denkt, jetzt Wohltaten verteilen zu können, schadet aber der Position Berlins. Gerade in der entscheidenden Phase des Verfahrens muss die Koalition durch absolute Haushaltsdisziplin deutlich machen, dass der Sparkurs in Berlin konsequent fortgesetzt wird. Andernfalls droht die Niederlage in Karlsruhe, was für Berlin ein Fiasko wäre.“

Mentalitätswechsel der SPD ist durchweg Mogelpackung

„Es vergeht keine Woche, in der nicht irgendwelche neuen Ungereimtheiten, Filz, Vetternwirtschaft oder auch Untreueverdacht gegen maßgebliche Berliner Sozialdemokraten bekannt und aufgedeckt werden.

Der vom Regierenden Bürgermeister bei seinem Amtsantritt vollmundig angekündigte Mentalitätswechsel ist durchweg eine Mogelpackung. Ich fordere Herrn Wowereit auf, die Missstände in seiner Partei endlich aufzuklären. Andernfalls stellt sich fortan die Frage, warum der Regierende seinen Laden nicht in den Griff bekommen kann oder sogar will?“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer.

Zimmer zeigte sich über Informationen, der ehemalige SPD-Staatssekretär Bielka stehe unter dem Verdacht der Bestechlichkeit, wenig überrascht. Er verwies

dabei auf den anrühigen Vorgang, bei dem sich Bielka als Aufsichtsratsmitglied der Wohnungsgesellschaft Degewo eigenhändig das spätere Vorstandsgehalt drastisch auf das Doppelte erhöht hatte. Und auch der neuerliche Plan des einstigen Stadtentwicklungssenators Strieder (SPD), wieder in das Geschäft mit geschlossenen Immobilienfonds einzusteigen, sei niemandem zu vermitteln. „Offensichtlich will Herr Strieder das von ihm ge-



schaffene Beziehungsgeflecht wiederum zu seinem persönlichen Vorteil nutzen. Das zeigt erschreckende Parallelen zu den Vorgängen um die Bankgesellschaft Berlin, die dem Land Berlin Verpflichtungen in Milliardenhöhe verursacht haben.“

Verfassungsschutz nicht zentralisieren

Der Verfassungsschutzexperte der Berliner CDU-Fraktion, Andreas Gram, und deren innenpolitischer Sprecher, Frank Henkel, wenden sich gegen Überlegungen, das Landesamt für Verfassungsschutz aufzulösen: Der Regierende Bürgermeister Wowereit hat sich bereit erklärt, Zuständig-



Andreas Gram

keiten im Sicherheitsbereich an den Bund abzugeben. So könne er sich zum Beispiel vorstellen, das Landesamt für Verfassungsschutz zu Gunsten des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufzulösen. Konkrete Vorstellungen darüber, wie die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben auf Landesebene sichergestellt werden kann, sind dabei nicht ersichtlich. Dieses pauschale Angebot zur Schaffung zentraler Sicherheitsstrukturen bei gleichzeitiger Abgabe von Länderkompetenzen ist im hohem Maße bedenklich. Das von Wowereit vorgeschlagene ‚unausgelegene Modell wird der Bedrohung

der Inneren Sicherheit durch verfassungsfeindliche Kreise zum derzeitigen Zeitpunkt in keiner Weise gerecht. In Berlin leben über 4000 als extremistisch eingestufte Muslime. Gleichzeitig wird das links- und rechtsextremistische Potenzial vom Verfassungsschutz mit jeweils etwa 2400 Anhängern angegeben. Insofern klingt auch die Aussage von Innensenator Körting, dass nicht jedes Landesamt islamistische Gruppen und rechtsradikale Organisationen beobachten müsse, insbesondere vor dem Hintergrund agierender Gruppen zynisch. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Wowereit mit seinem Vorpreschen Zugeständnisse an seinen Koalitionspartner machen möchte. Die PDS, die übrigens selbst in Teilen

vom Verfassungsschutz beobachtet wird, fordert schon aus ideologischen Gründen eine Abschaffung des Landesverfassungsschutzes. Ein derartiger Wegfall sicherheitspolitischer Kapazitäten in Berlin kann nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Ein optimierter Status Quo wäre die weit aus bessere Lösung. Die Abstimmung würde dann wie bisher durch überregionale Kooperation zwischen den Ländern und den Bundesbehörden erfolgen, wobei Möglichkeiten zur Optimierung und Verbesserung der Zusammenarbeit, z.B. durch stärkere Vernetzung der



Frank Henkel

Verfassungsschutzbehörden untereinander und mit Polizeibehörden, natürlich wahrgenommen werden müssen. Eine ineffiziente Mammutbehörde zu schaffen, die bei der Überwachung vor Ort Defizite aufweisen würde, ist dagegen kontraproduktiv und geht zu Lasten der Sicherheit in unserer Hauptstadt.